

Einreicher:innen: Bezirksvorstand DIE LINKE. Neukölln

5 **Stoppt den Krieg und das Blutvergießen in Gaza.
Humanitäre Hilfe statt Waffenlieferungen.
Gleiche Rechte für alle Menschen in Israel und Palästina.**

10 Der Krieg in Gaza hat die Lebensgrundlage von zwei Millionen Menschen zerstört. Mittlerweile sind fast 30.000 Palästinenser:innen getötet und Unzählige verletzt worden. Hunderttausende sind nicht nur vertrieben worden, sondern haben ihre Wohnung oder ihr Haus verloren und leben in existentieller Unsicherheit in Notunterkünften oder unter freiem Himmel. Die massiven Bombardierungen haben einen Großteil des Gazastreifens für Jahrzehnte unbewohnbar gemacht. Wir sind Augenzeugen
15 unfassbaren Leids. Tausende Menschen wurden und werden brutal aus dem Leben gerissen. Die Ankündigung Rafah militärisch zu erobern, verschärft nicht nur die humanitäre Katastrophe, sondern bedeutet den sicheren Tod tausender weiterer Menschen. Es braucht unverzüglich einen Waffenstillstand, um das Töten zu beenden. Die Geiseln und politischen Gefangenen müssen sofort freigelassen werden.

20 Wir verurteilen die entsetzlichen Attacken der islamistischen Hamas auf Israel. Angriffe auf Zivilist:innen, ihre Ermordung und Entführung, Vergewaltigungen und Folter, sind durch nichts zu rechtfertigen. Die Verbrechen der Hamas entbinden die israelische Regierung nicht von ihrer völkerrechtlichen Verantwortung. Die israelischen Bombardements, denen Zivilist:innen in Gaza
25 schutzlos und ohne Möglichkeit zur Flucht ausgeliefert sind, die Bombardierung ziviler Einrichtungen und das Vorenthalten humanitärer Güter für die Zivilbevölkerung sowie die nahezu vollständige Abriegelung (Strom, Wasser, Lebensmittel) des Gazastreifens nimmt die gesamte Bevölkerung in Geiselhaft und stellen Kriegsverbrechen dar.

30 Südafrika wirft der israelischen Regierung Völkermord an den Palästinenser:innen in Gaza vor und hat begrüßenswerterweise Klage vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag eingereicht. In seinem Urteil ordnete der IGH sechs vorläufige Maßnahmen an. Dazu zählt die Verpflichtung Israels, Handlungen im Sinne der Völkermordkonvention zu unterlassen, die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord zu verhindern und zu bestrafen sowie sofortige und wirksame
35 Maßnahmen zu ergreifen, um die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza zu gewährleisten. Das Gericht wies Israel außerdem an, Beweise für Völkermord zu sichern und dem Gericht innerhalb eines Monats einen Bericht über alle Maßnahmen vorzulegen, die es in Übereinstimmung mit seiner Anordnung ergriffen hat. Die israelische Regierung muss der Entscheidung des IGH unverzüglich nachkommen.

40 Auch in der Westbank und in Israel greifen extremistische Siedler:innen und israelische Streitkräfte verstärkt Palästinenser:innen an. Die extrem rechten Parteien in Israel, die die von Benjamin Netanjahu Ende 2022 gebildete Regierung dominieren, nutzen die aktuelle Situation, um ihren Plan für ein Groß-Israel umzusetzen, das das Westjordanland und den Gazastreifen, also das gesamte britische
45 Mandatsgebiet Palästina, umfasst.

Das Leid der israelischen Bevölkerung bei den Anschlägen des 7. Oktober wird von der deutschen Politik genutzt, um bedingungslose Solidarität mit Israel einzufordern. Kritik an der israelischen Regierung wird als antisemitisch diffamiert. Stimmen, allen voran die von Palästinenser:innen und
50 Jüd:innen und Israelis, die sich gemeinsam für Frieden aussprechen, werden unterdrückt. Die deutsche Regierung hat sich die von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken, verabschiedete internationale Arbeitsdefinition von Antisemitismus zu eigen gemacht und versteht den Staat Israel als jüdisches Kollektiv. Damit macht sie jegliche Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung nahezu unmöglich.

Weltweit haben antisemitische Angriffe zugenommen, auch in Deutschland, in Berlin und in Neukölln. Es ist eine Schande, dass sich Jüd:innen in Deutschland nicht sicher fühlen. Gleichzeitig erleben wir aktuell eine äußerst problematische Verschiebung des Diskurses. So wird Antisemitismus überwiegend Menschen mit Migrationsgeschichte oder Menschen muslimischen Glaubens zugeschrieben. Dadurch werden bestehende antimuslimische Ressentiments verstärkt und Muslim:innen unter Generalverdacht gestellt. Das macht sich in einer Zunahme antimuslimischer Gewalttaten bemerkbar. Antisemitismus in Deutschland geht quer durch alle Gesellschaftsschichten und ist kein neues Phänomen. Er ist auch nicht eingewandert. Die Mehrheit antisemitischer Gewalttaten geht vom rechten Spektrum aus.

Wir stellen uns dem erneuten Versuch aus Politik und Medien entgegen, nicht-weiße Menschen in Neukölln zu stigmatisieren und sie einer rassistischen Hetzkampagne auszusetzen. Ob in Israel und Palästina, in Deutschland oder anderswo: Der Schutz jüdischen Lebens und gleiche Rechte für Israelis und Palästinenser:innen müssen zusammengedacht werden. Wir werden nicht nachlassen im Kampf gegen Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und jede andere Form von Rassismus. Wir werden uns weiterhin einsetzen für ein friedliches und solidarisches Zusammenleben aller Neuköllner:innen, ob aus Palästina, Israel oder einer anderen Gegend der Welt, ob gläubig oder nicht. Für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in einem solidarischen Neukölln!

Wir stehen solidarisch an der Seite all jener demokratischen Kräfte, die sich für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzen und auf eine Zukunft hinwirken, in der alle Menschen in dieser Region in Frieden, Würde und Sicherheit zusammenleben können. Als linke Partei in Deutschland sind wir solidarisch mit Aktivist:innen in Israel und Palästina, die für Frieden, eine Befreiung der Geiseln und für ein Ende der Besatzung kämpfen.

- Wir fordern die Bundesregierung auf, sich bei der israelischen Regierung für einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand und für eine sofortige Aufhebung der Blockade einzusetzen.
- Wir verlangen von der Bundesregierung, die israelische Regierung aufzufordern, dem Urteil des IGH sofort und umfassend Folge zu leisten. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für den Zugang von Untersuchungskommissionen, Menschenrechtsorganisationen, medizinischem Personal und Journalist:innen ins Kriegsgebiet Gaza sowie deren Schutz einzusetzen.
- Wir kritisieren den Beschluss der Bundesregierung, die Finanzierung des UNRWA, des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, einzustellen, scharf. Damit macht sie sich mitschuldig an der humanitären Katastrophe und dem Tod zehntausender Menschen. Die humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung mit ausreichend Medikamenten, Nahrungsmitteln, Wasser und anderen lebenswichtigen Ressourcen muss ermöglicht werden.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für diplomatische Verhandlungen und die Freilassung aller von der Hamas gefangen genommenen Geiseln und der politischen Gefangenen in Israel einzusetzen.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, keine Waffen nach Israel zu exportieren und sich für eine internationale strafrechtliche Verfolgung aller Kriegsverbrechen einzusetzen.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, sich bei der israelischen Regierung für ein Ende der Besatzung und des Siedlungsbaus einzusetzen.
- Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung der Palästina-Solidarität und der daraus resultierenden massiven Grundrechtseinschränkungen. DIE LINKE. Neukölln stellt sich auch weiterhin dem Versuch aus Politik und Medien entgegen, Menschen mit Migrationsgeschichte in Neukölln zu stigmatisieren und sie einer rassistischen Hetzkampagne auszusetzen.
- Wir fordern DIE LINKE und DIE LINKE. Berlin auf, sich diesen Beschluss zu eigen zu machen und entsprechend öffentlich zu handeln.
- Wir ermutigen all unsere Mitglieder und Unterstützer:innen, sich an den Kundgebungen und Demonstrationen für einen sofortigen Waffenstillstand und ein Ende von Vertreibung, Besatzung und Siedlungsbau in Gaza und dem Westjordanland zu beteiligen und dafür zu mobilisieren.